Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 406. Sonnabend den 28. November 1891. 85. Jahrgang.

Bestellungen für den Monat December auf das Leipziger Tageblatt zum Preise von 2 Mk. bei freier Zustellung in's Haus nehmen entgegen sämmtliche Zeitungsspediteure, sowie
die Hauptexpedition: Johannesgasse 8,
die Filialen: Katharinenstraße 14 und Königsplatz 7.

Ferner kann in nachfolgenden **Ausgabestellen** das Leipziger Tageblatt — zum Preise von **1 Mk. 65 Pfg.** für den Monat December — **abgeholt** werden:

Arndtstraße 35 Herr **E. O. Kittel**, Colonialwaarenhandlung.
Beethovenstraße 1 Herr **Theod. Peter**, Colonialwaarenhandlung.
Brühl 80 (Ecke Goethestraße) Herr **Herm. Messke**, Colonialwaarenhandlung.
Frankfurter Straße 11 Herr **Ernst Mros**, Colonialwaarenhandlung.
Löhrstraße 15 Herr **Eduard Hetzer**, Colonialwaarenhandlung.
Marschnerstraße 9 Herr **Paul Schreiber**, Drogengeschäft.
Nürnberger Straße 45 Herr **M. E. Albrecht**, Colonialwaarenhandlung.
Peterskirchhof 5 Herr **Max Nierth**, Buchbinderei.
Pfaffendorfer Straße 1 Herr **Fritz Weber**, Colonialwaarenhandlung.
Ranstisches Gäßchen 6 Herr **Friedr. Fischer**, Colonialwaarenhandlung.
Ranstädter Steinweg 1 Herr **O. Engelmann**, Colonialwaarenhandlung.
Schützenstraße 5 Herr **Jul. Schlimichen**, Colonialwaarenhandlung.
Westplatz 32 Herr **H. Dittrich**, Cigarrenhandlung.
Yorkstraße 32 (Ecke Berliner Straße) Herr **G. Janke**, Colonialwaarenhandlung.
Zeitzer Straße 35 Herr **V. Küster**, Cigarrenhandlung.

in **Anger-Crottendorf** Herr **Robert Greiner**, Zweinaundorfer Straße 18.
„ **Connewitz** Frau **Fischer**, Hermannstraße 23, 1. Etage.
„ **Gohlis** Herr **Th. Fritzsche**, Mittelstraße 5.
„ **Lindenau** Herr **Ed. F. Müller**, Wettiner Straße 51.
in **Neustadt** Herr **F. Heber**, Eisenbahnstraße 5.
„ **Plagwitz** Herr **M. Grützmann**, Zschochersche Straße 7a.
„ **Reudnitz** Herr **W. Fugmann**, Marschallstraße 1.
„ Herr **Bernh. Weber**, Mützengeschäft, Leipziger Straße 6.
in **Thonberg** Herr **R. Häntsch**, Reitzenhainer Straße 58.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 29. November, Vormittags nur bis 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Leipzig, 28. November.

* Der **Reichstag** dürfte in der jetzigen Session noch mit einer Novelle zum Strafgesetzbuch, betreffend das Zuhälterwesen ꝛc., befaßt werden. Eine allgemeine Durchsicht des Strafgesetzbuches ist bis nach Durchsicht des Bürgerlichen Gesetzbuches vertagt. Nur auf dem Gebiete der Rechtspflege sollen dringende Veränderungen vorgenommen werden.

* Der **Bundesrath** ertheilte in der am 26. d. M. unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretairs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung den Anträgen der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, betreffend die Ermittelung des Alkoholgehalts in Liqueuren ꝛc. und des Inhalts an Fuselöl in Branntwein, die Zustimmung, den der durch den Director des Revisionsverbandes der landwirthschaftlichen Genossenschaften in der Provinz Hannover und dem Hamburgischen Gebiete mitgetheilten Abänderung des Verbandsstatuts nahm die Versammlung Kenntniß und beschloß, dem Verbande der Magazin-, Rohstoff-, Productiv- und Baugenossenschaften in Norddeutschland das Recht zur Bestellung des Revisors für die dem Verbande angehörenden Genossenschaften zu verleihen. Der Actiengesellschaft Bauverein für Arbeiterwohnungen in Darmstadt und der in Bildung begriffenen Actiengesellschaft zur Errichtung einer Warmbadeanstalt in Oppeln wurde auf ihren Antrag gestattet, Actien zu einem geringeren als dem gesetzlichen Mindestnennwerthe auszugeben. Einem gleichartigen Antrage einer Dünger-Abfuhrgesellschaft in Sachsen wurde die Genehmigung versagt. Die Petition des Kreisgerichts-Raths Dr. B. Hälse zu Berlin um Ausdehnung der Kranken- und Unfall-Versicherung auf die Insassen der Gefangenen-, Besserungs-, Armen- und Kranken-Anstalten und die Petitionen des Verbandes der Darlehnscassen-Vereine ꝛc. Raiffeisen'scher Organisation in Mittelfranken, in Oberfranken und für Schwaben und Neuburg, sowie des Verbandstages der unterelsässischen Darlehnscassen-Vereine, des Vereins gegen den Wucher im Regierungsbezirk Cassel und des Verbandstages der ländlichen Genossenschaften des Regierungsbezirks Cassel wegen Revision des Reichsgesetzes, betreffend den Wucher, vom 24. Mai 1880, wurden dem Reichskanzler überwiesen. Mit der Vorberathung der Vorlage, betreffend die Ergänzung der Bestimmungen des Eisenbahn-Betriebsreglements in Bezug auf die Beförderung von Würfelpulver und Gemischen aus Salpeter, Harz ꝛc., wurden die Ausschüsse für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Handel und Verkehr beauftragt.

* In Betreff des Herrn von Caprivi sagt die „Allgem. Zeitung": Eher als an die Amtsmüdigkeit des Herrn von Caprivi möchten wir aber an seine Erkenntniß glauben, seither nicht überall richtig berathen worden zu sein, so daß eher ein Wechsel in der Leitung einzelner Ressorts als im Reichskanzlerposten zu erwarten sein würde. Damit trifft zusammen, daß in der Presse verlautet, Minister Herrfurth fühle sich gesundheitlich angegriffen und trage sich mit Rücktrittsgedanken, ein Gerücht, an welchem höchstens auffällt, daß es erst vier Wochen nach dem kaiserlichen Erlaß vom 7. October in die Oeffentlichkeit tritt.

* Die großen neuen Anforderungen im Militairetat, namentlich im Extraordinarium, haben auch in der Presse derjenigen Parteien, die sich sonst gegenüber solchen Forderungen keineswegs entgegenkommend verhalten, des Centrums und der Deutschfreisinnigen, noch wenig Widerspruch gefunden. Selbst die „Freis. Ztg." spricht sich mit bemerkenswerther Mäßigung darüber aus; sie will die nähere Begründung der Forderungen in der Budgetcommission abwarten und sich einstweilen einer Kritik im Einzelnen enthalten; sie erkennt es sogar beifällig an, daß die Militairverwaltung allen technischen Fortschritten auf dem Gebiete des Heerwesens, insbesondere was die Ausrüstung für den Krieg anbetrifft, alsbald Rechnung zu tragen sich bemüht. Auf die in der Budgetcommission zu erwartende nähere Begründung dieser Forderungen, deren technische Bedeutung ja in vielen Fällen für den Laien schwer zu beurtheilen ist, wird es ankommen, in welchem Umfang die Forderungen bewilligt werden. Immerhin läßt die Haltung der freisinnigen und klerikalen Presse schon jetzt darauf schließen, daß auch bei diesen Parteien das Streben besteht, zu einer Verständigung zu gelangen und die Nothwendigkeit aller Forderungen entgegenkommend zu prüfen. Inwieweit wieder „Compensationen" bezüglich der Dienstzeit bei dieser Gelegenheit verlangt werden, ist noch unsicher. Es ist auch hiervon wenig in der Presse die Rede, und an einen Erfolg würde gegenwärtig auch nicht zu denken sein.

* Das socialdemokratische Centralwahlcomité erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen, bei den bevorstehenden Stichwahlen für die Berliner Stadtverordnetenversammlung zwischen Bürgerpartei und Liberalen sich der Abstimmung zu enthalten. „Es ist nicht die Aufgabe der Socialdemokratie, irgend einer gegnerischen Partei Vorspanndienste zu leisten. Für die socialdemokratische Partei ist es ganz gleichgültig, welche Spielart der Bourgeoisie im Rothen Hause herrscht; wir stehen allen Bourgeoisieparteien feindlich gegenüber, wir bekämpfen das heutige Wirthschaftssystem, und weil die bürgerlichen Parteien allesammt die bestehende Gesellschaftsordnung vertheidigen, deshalb haben wir nicht das geringste Interesse daran, einer der gegnerischen Parteien zum Siege zu verhelfen." Wenn die Socialdemokratie diesen Grundsatz auch bei den Reichstagswahlen befolgte, so würde das Ergebniß derselben wesentlich verändert werden. Aber sie hat ähnliche Beschlüsse schon oft gefaßt und sie nachher doch nicht befolgt. Weitergehende Folgerungen über die Taktik der Partei wird man aus dieser Erklärung nicht ziehen dürfen.

* Als Redner der nationalliberalen Fraction bei der Etatsberathung im Reichstag wird voraussichtlich heute Abg. Buhl auftreten.

* Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Bei verschiedenen Besuchen der leitenden Staatsmänner beim Minister v. Giers betonte dieser wiederholt, daß allen amtlichen russischen Stellen der Gedanke einer Friedensstörung durchaus fernliege. Minister von Giers habe in den hiesigen Kreisen die Ansicht bestärkt, daß er nach den jüngsten Unterhandlungen in Paris mit den französischen Staatsmännern die Ueberzeugung gewonnen habe, daß man auch dort jeden Gedanken einer Friedensstörung von der Hand weise. Politische Abmachungen irgend welcher Art seien weder geplant gewesen noch erfolgt. Daran anschließend bespricht die „Kölnische Zeitung" die russische Finanzwirthschaft. Das Blatt sagt: Es sei naiv, anzunehmen, daß der Coursesturz der russischen Werthe durch künstliche Mittel Wischnegradski's aufzuhalten sei. Ebenso naiv seien die jetzigen Bemühungen Rußlands, eine neue wirthschaftliche Annäherung an Deutschland zu suchen.

* Der kampflose Verzicht der Nationalliberalen auf das württembergische Reichstagsmandat Hall-Oehringen giebt der „National-Zeitung" Veranlassung, sich über die Stellung ihrer Parteifreunde zur allgemeinen politischen Lage auszusprechen, wobei dieselbe zu folgendem Schlußergebniß gelangt:

„Weil der gemäßigte Liberalismus, weil die nationalliberale Partei weniger, als irgend eine andere, nur einzelne Bestrebungen repräsentirt, darum mußte sie in den Interessenkämpfen des letzten Jahrzehnts, namentlich in den Zollfragen, ihren Mitgliedern Freiheit zur Bekundung verschiedenartiger Meinungen lassen. Es konnte freilich niemals verkannt werden, daß hierin, wie noch der einen Seite ein Element der Stärke, so nach der anderen ein solches der Schwäche lag. Dieselbe Tendenz, welche sich in diesem Verhalten bekundete, der Gegensatz wider eine unduldsame Ausschließlichkeit in Interessenfragen weist unseres Erachtens den Nationalliberalen unter veränderten Verhältnissen die Aufgabe zu, für die Verständigung in diesen Fragen, für die Abschwächung und Ausgleichung gefährlicher Gegensätze zu wirken. Aus solchem Bestreben heraus werden sie geschlossen für die Handelsverträge eintreten können, die Schutzzöllner ebenso, wie die Freihändler. Deutschland und Preußen — wir mußten schon mehrmals seit des Fürsten Bismarck Rücktritt diese triviale Wahrheit betonen — muß auch jetzt und in der Zukunft regiert werden. Es ist eine vaterländische Pflicht, die Männer, welche unter schwierigen Verhältnissen diese Aufgabe übernommen haben, darin redlich zu unterstützen, so weit man ihre Vorschläge und ihr sonstiges Verhalten billigen kann. Dies soll nach unserer Meinung seitens des gemäßigten Liberalismus geschehen, doch ebenso rückhaltlos soll Opposition gemacht werden, wo man nicht einverstanden ist. Rückhaltlos sagen wir; denn die Nothwendigkeit der Offenheit und Wahrheit in den öffentlichen Erörterungen war niemals deutlicher, als jetzt."

* Ein zum Zwecke der Agitation für die Wahl Eugen Richter's in Hagen gegründeter fortschrittlicher Verein versendet die Broschüre „Socialdemokratische Zukunftsbilder" an die Hagener Industriellen mit dem naiven Ansinnen, solche zur Vertheilung an die Arbeiter zu beschaffen, dürfte aber bei dem doch zu deutlich hervorguckenden Pferdefuß nicht viel Glück damit haben, denn ein Eingesandt, welches in der „Hagener Westfälischen Post" offenbar von einem dieser mit der Broschüre beglückten Industriellen ausgeht, bemerkt zu dem Versuche des Vereins:

„Nein, Unsen, wenn eine Amme lange Zeit das Kind mit großem Fleiße genährt und aufgezogen hat, bis ein frommer Junge daraus geworden, dann hilft derselben hinterher weder Feiern noch Schmeicheln, noch die schönsten Märchengeschichten und die süßesten Vorstellungen; der Junge muß sich erst selbst die Glieder an allen Ecken und Kanten gestoßen und gerieben haben, bis mit den Jahren das richtige Einsehen kommt. Wenn hierorts noch Vertrauen und ein durchweg gutes Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern besteht, so ist das wahrlich alles weniger wie Eugen Richter's Verdienst, noch von ihm zu bessern oder zu fördern (wir glauben nicht an die Absicht), nein, was dasselbe erhält, ist die richtige Erkenntniß der Arbeiter, daß nur in der tüchtigen gemeinsamen Arbeit das Wohl der Zukunft liegt, im Aufbau und nicht in der Verhetzung und Zerstörung."

* Die Commission für das Bürgerliche Gesetzbuch erledigte in den Sitzungen vom 23. bis 25. November die §§ 342—358, welche von den Verträgen handeln. Der § 358 (Zinsen) bestimmt als Regel, daß Zinsen zu jeder Höhe ausbedungen werden können, und fügt noch die Beschränkung hinzu, daß Zinsen von Zinsen im Voraus nicht bedungen werden können. Die Commission beschloß im Anschluß an das Reichsgesetz von 1867 die weitere Beschränkung noch hinzuzufügen, daß, wenn ein höherer Procentsatz als sechs vom Hundert ausbedungen sei, dem Schuldner nach Ablauf eines Jahres die Kündigung zustehe. Von verschiedenen Seiten wurde bezeugt, daß sich diese Vorschrift, wo sie bis jetzt bestanden, als nützlich bewährt habe. Andererseits wurde anerkannt, daß die Vorschrift, nach welcher Zinsen von Zinsen im Voraus nicht bedungen werden können, auf die bei Sparcassen und Bankiers gemachten Einlagen keine Anwendung finde und daß auch für solche öffentliche Creditanstalten eine Ausnahme zuzulassen sei, welche für die von ihnen gegebenen Darlehen verzinsliche Inhaberpapiere auszugeben berechtigt sind. Die wichtige Frage, durch welche gesetzliche Bestimmungen dem Wucher entgegenzuwirken sei, soll der Specialgesetzgebung überlassen bleiben, welche, wie mitgetheilt wurde, bereits in der Vorbereitung begriffen und voraussichtlich in nicht zu ferner Zeit zum Abschluß gelangen wird.

* In dem Strafverfahren gegen die „National-Zeitung" wegen groben Unfugs, welches vor drei Monaten allgemeines Aufsehen erregte, hat die Strafkammer des Berliner Landgerichts das verurtheilende Erkenntniß des Schöffengerichts aufgehoben und den Chefredacteur Köhler freigesprochen. Es ist sehr erfreulich, daß die falsche Auslegung des Paragraphen vom groben Unfug, die vor einiger Zeit einzureißen drohte, einer richtigen Auffassung Platz gemacht hat.

* Die „Germania" hält es für nothwendig, sich der „Kreuzzeitung" gegenüberdeshalb zu entschuldigen, daß Windthorst die bekannte Unterredung mit dem Fürsten Bismarck, über deren politischen Hintergrund kein Beobachter im Unklaren sein kann, durch Vermittelung des Herrn v. Bleichröder nachgesucht habe. Windthorst habe derartige persönliche Beziehungen planmäßig gepflegt, um allerlei „anzuspinnen". „Man wußte", so bemerkt das Centrumsblatt, „daß Windthorst als ausgezeichneter Gesellschafter auch im Interesse der Sache handelte, indem er Verbindungen anknüpfte, Feindseligkeiten hintanhielt oder minderte, seine Erfahrungen bereicherte, manches hören, vermitteln, beeinflussen, anspinnen konnte, wozu ihm sonst keine Gelegenheit geboten gewesen wäre."

* Aus Eisenach wird geschrieben: Hiesige antisemitische Kreise glauben, daß der Abgeordnete Harmening in Kurzem in die Lage kommen werde, sein Mandat niederzulegen, und möchten nun, um als Erben auftreten zu können, durch eine rege Agitation vorarbeiten. Als ein geeignetes taktisches Mittel betrachten sie ferner ein Einverständniß mit den ultramontanen Kreisen unseres Oberlandes. Die Ultramontanen sind nun allerdings gern bereit, sich die antisemitische Unterstützung für einen Centrumscandidaten gefallen zu lassen. Ob hiermit aber den Antisemiten gedient ist, ist noch sehr fraglich, der Centrumscandidat müßte sich denn auf das antisemitische Programm verpflichten wollen.

* Die etwas zerfahrenen Verhältnisse im Bayreuther Reichstagswahlkreise, die dahin geführt hatten, daß die Nationalliberalen in Gefahr einen eigenen Candidaten in der Person ihres Pfarrers Schwarz aufgestellt und dadurch den Sieg des nationalliberalen Candidaten, Rechtsanwalts Dr. Casselmann in Bayreuth, gefährdet hatten, werden sich klären, da Herr Pfarrer Schwarz es abgelehnt hat, sich als Candidat aufstellen zu lassen.

* * *

* In Wiener Gemeinderath fanden anläßlich der Debatte über die Erhöhung der Biersteuer äußerst heftige Scenen statt, da die Opposition erfahren hatte, daß der Bürgermeister, Ausschreitungen auf der Galerie befürchtend, die Sicherheitswache aufgeboten hätte. Nach viertelstündigem Tumulte, wodurch die Berathung unmöglich gemacht wurde, verließ die Opposition den Saal. Hierauf wurde die Debatte fortgesetzt.

* Aus Wien wird gemeldet: Der Zustand des erkrankten Erzherzogs Heinrich ist bedenklich, beide Lungenflügel sind entzündet.

* Aus Wien wird vom 26. d. M. geschrieben: Durch die gestrige Abstimmung im Abgeordnetenhause, aus der, da der Antrag Pattais, die mittleren Steuerclassen höher zu besteuern, die Zurückweisung an den Ausschuß nothwendig machte, auch die Rückverweisung des Plener'schen Antrages an den Ausschuß hervorgegangen und zwar unter Mitwirkung derselben Fractionen, die sich vorgestern an die Deutschliberalen angeschlossen hatten, um die Zurückweisung zu verhindern, ist man in allen Kreisen in der Ueberzeugung bestärkt, daß es mit einer Majorität von Fall zu Fall auf die Länge nicht gehen werde. Demnach haben alle Combinationen, die sich auf eine nahe bevorstehende Veränderung der inneren Lage, sowie auf Personenfragen beziehen, vorläufig keinen actuellen Charakter.

* In der italienischen Kammer beantwortete der Ministerpräsident di Rudinì eine Interpellation Imbriani's über die Maßnahmen der Regierung gegen den General Baldissera, welcher, von seiner Strafbarkeit überzeugt, in dem Processe Livraghi in Massauah sich einiger Mordthaten schuldig bekannt hätte, indem er zugab, zu denselben Auftrag ertheilt zu haben. Der Ministerpräsident bat, die Interpellation bis zur Beendigung des Processes zu verschieben, indem er erklärte, er könne es unbedingt nicht zulassen, daß in die Rechtsprechung des Landes der geringste Zweifel gelegt werde. Die Kammer ging, dem Verlangen des Ministerpräsidenten entsprechend, nicht in die Debatte über die Interpellation ein.

* Je lebhafter in letzter Zeit in England die Frage der nächsten Parlamentswahlen erörtert wird, desto häufiger kommt selbstverständlich die Rede auf das Verhältniß der liberalen Unionisten zur Torypartei, mit welcher dieselben seit etwa fünf Jahren aufs Engste verbündet sind. Die bedeutsamste Kundgebung in dieser Hinsicht ist ohne Frage die Rede, welche der berufenste Sprecher der unionistischen Liberalen, Herr Chamberlain, soeben auf dem conservativen Parteitag gehalten hat. Wir heben aus dieser Auslassung nachfolgende Stellen hervor:

„Ich nehme als ausgemacht an, daß in diesem Augenblick die stärkste Kraft, der stärkste Einfluß auf menschliches Handeln im Parteiverband und in der Parteigesinnung liegt. (Hört, hört!) Aber, meine Herren, dieses mächtige Band ist durchbrochen worden, als die liberalen Unionisten im Jahre 1886 sich weigerten, Herrn Gladstone zu folgen auf dem Wege, der nach ihrer Ueberzeugung zu einer Gefährdung der Sicherheit des Reiches führen mußte. Ich stimme mit Lord Salisbury überein, daß man sich nicht leichten Herzens und um geringer Ursache willen von alten Freunden und politischen Beziehungen trennen kann. Nicht um niedriger, persönlicher oder privater Fragen willen kündigt man oder führen die Gesellschaft. Man that dies nur dann, wenn, wie im vorliegenden Fall, die Existenz oder wenigstens die Sicherheit des Staates in Frage steht. Selbst nachdem der Bruch erfolgt war, gab es Viele von uns — und ich selbst befand mich darunter —, welche hofften, daß derselbe nur vorübergehend sein würde, welche glaubten, daß die Gladstonianer bald umkehren würden auf dem Pfade, den sie, wie wir wohl wußten, nur mit großem Widerstreben eingeschlagen haben. Wir haben damals eine baldige Wiedervereinigung in Aussicht genommen. Wenn ich jetzt daran erinnere, so thue ich es, um zu sagen, daß seitdem die Kluft sich erweitert und vertieft hat. Gegenwärtig erwarte ich keine Wiedervereinigung mehr, noch wünsche ich sie. (Lauter, wiederholter Zuruf. Bravo und Tücherschwenken.) Die Gladstonianer haben die Politik der Parnellites angenommen. Ja, und noch etwas mehr. Sie haben ihre Grundsätze, ihre Methoden und sogar ihre Manieren angenommen. Inzwischen sind die beiden Zweige der Unionistenpartei in immer engere und herzlichere Beziehung getreten. Vorurtheil ist zerstreut und Vertrauen erzeugt worden. Die letzten fünf Jahre hindurch haben wir unter derselben Fahne gefochten. Gemeinsam haben wir Siege gewonnen, gemeinsam Verluste erlitten. Und jetzt, sage ich, sind wir entschlossen, welches immer die Wechselfälle des langen Kampfes sein mögen, in welchem wir stehen, zusammen zu marschiren Schulter an Schulter. (Lauter Zuruf), bis unser Ziel erreicht ist und bis wir endgültig die elende Verschwörung (the